

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich, Donnerstags und Montags ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Verwaltungen Bestellungen entgegen. Unter Schriftband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zusätzl. Porto-Kasseler, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Verlags-Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 66.

Die wichtigsten Neuerscheinungen über den Krieg 1914-18. M. einschließlich Literaturgeschichten. Nicht zahlreich. Das ferngedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Literaturgeschichten. Gute und billige Karten zum Kauf, Familien-Karten und Briefe-Belege 1,50 M. netto pro Seite. Stellen-Gesuche in Wort-Belegen das ferngedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4603, 4625, 4649, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Pariser Konferenz

Paris, 24. Januar.

Der am Abend ausgegebene amtliche Bericht hat folgenden Wortlaut: In einer Sitzung, die von 4 bis 7 Uhr nachmittags dauerte, hat die Konferenz die Beratung der Entwaffnungsfrage Deutschlands fortgesetzt. Sie hat entschieden, daß die Sachverständigen für Heer, Marine und Luftschiffahrt sich morgen vormittag unter dem Vorsitz von Marshall Foch zusammensetzen sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die durch Deutschland getroffen werden sollen, um die völlige Ausführung der Friedensvertragsklauseln, betreffend die Entwaffnung, durchzuführen. Die Sachverständigen sollen der Konferenz alsdann berichten. In der morgen vormittag stattfindenden Sitzung wird zunächst über die Lage in Oesterreich gesprochen, alsdann wird in eine Prüfung der griechischen und der Orientfrage eingetreten.

Einwohnerwehr und Volkswirtschaft

Paris, 25. Januar.

Wie „Matin“ zu der gestrigen Sitzung der Konferenz mitteilt, könne man voraussehen, daß die englische Regierung nicht abgeneigt sei, den Einwohnerwehren, namentlich denen von Oesterreich, eine Frist von mehreren Monaten zu bewilligen, die Frankreich für übertrieben halte. Der letzte deutsche Bericht, der angesichts der Gefahr eines bolschewistischen Angriffs den Ausführistern hinausgeschoben wurde, scheint auf Frankreichs Verbündete, insbesondere auf England, Eindruck gemacht zu haben. Auch „Petit Parisien“ erklärt, das Gerücht sei verbreitet gewesen, die von General Rollet und General Bingham vorgeschlagenen Zahlen wären voneinander abgewichen. „Echo de Paris“ stellt fest, daß man sich gestern über die Entwaffnungsfrage nicht verständigt habe. Marshall Foch habe als letzten Termin für die Ausführung den 1. Mai vorgeschlagen. Der Hinweis des Marshalls Foch auf eine eventuelle Beteiligung des Ruhrgebietes habe sofortige Bemerkungen Lloyd Georges ausgelöst. Nach diesem Blatte hat auch zwischen Briand und Lloyd George nachmittags eine Privatunterredung stattgefunden, von der man sagen könne, daß die beiden Männer nicht gleicher Meinung gewesen seien. Lloyd George vertrete den Standpunkt, daß Deutschland bis jetzt bezüglich der Entwaffnung seine Verpflichtungen annähernd erfüllt habe. Deutschland sei unfähig, einen ersten Angriff gegen die Alliierten zu unternehmen. Die bolschewistische Gefahr sei sicher äußerst ernst und könne nicht vernachlässigt werden. Deutschland könne angesichts dieser Gefahr nicht verteidigungslos bleiben. Die öffentliche Meinung in Bayern verlange Schutz und Sicherheit. Sei es etwa gerecht, die Bewohner des Ruhrgebietes dafür zu bestrafen, wenn München einen Fehler begangen habe? Lloyd George ging soweit, die Frage zu erheben, ob es nicht besser wäre, nach den Erfahrungen von Spa die Deutschen zur Konferenz nach Paris zu berufen, denn dann könne man besser zwischen dem Möglichen und dem Unmöglichen entscheiden. Dieser Standpunkt wurde von Briand energisch abgelehnt. Der belgische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Jaspers, hat sich mit Vorbehalten dem englischen Standpunkt genähert.

Ein Habsburger im Dienste Petljuras

Ed. Warschau, 24. Januar.

Vor einiger Zeit erschien in einer Wiener Wochenchrift ein Artikel, der für eine unabhängige Groß-Ukraine vom San bis zum Kaukasus eintrat und „Wassilj Wjshymanno“ bezeichnet war. Unter diesem Namen verbirgt sich der Erzherzog Wilhelm von Habsburg, der im Range eines Obersten der ukrainischen Armee angehört und, wie polnische Zeitungen aus Anlaß seines Artikels mitteilten, als Bewerber um die ukrainische Königskrone von gewissen ukrainischen Kreisen unterstützt wird. Nunmehr ist in der polnischen Presse eine amtliche Mitteilung der Petljura-Regierung erschienen, daß der ukrainische Oberst Wassilj Wjshymanno keine ehrgeizigen Pläne habe und sich der Regierung der ukrainischen Volksrepublik gegenüber vollkommen loyal verhalte.

Das Dementi der sogenannten „Regierung der ukrainischen Volksrepublik“, hinter der niemand steht, außer einer kleinen Schar politischer Briganten unter Führung Petljuras, besagt natürlich gar nichts gegen die Richtigkeit der aufgestellten Behauptung, daß Erzherzog Wilhelm auf die ukrainische Königskrone spekuliert. Zwar haben alle bisherigen Spekulationen der arbeitslosen Prinzen aus dem Hause Hohenzollern und Habsburg auf diverse Königskronen im Osten schmählich Schiffbruch erlitten. Aber noch am Grabe pflanzen sie die Hoffnung auf, daß es ihnen dennoch irgendwo und irgendwann gelingen würde, den monarchistischen Wunder wieder lebendig zu machen.

Die japanische Außenpolitik

Der japanische Minister des Äußern Uchida hat sich in einer Rede über die Richtlinien der japanischen Außenpolitik geäußert. Nach einem sehr abfälligen Urteil über Rußland sprach er Hoffnungen aus, daß Deutschland binnen kurzem in den Völkerverbund aufgenommen werde. Das englisch-japanische Bündnis soll im Einklang mit der veränderten Situation umgestaltet werden. In China verfolge Japan lediglich wirtschaftliche Interessen. In den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten seien zwar Un-

stimmigkeiten vorhanden, Japan hoffe jedoch, daß die bestehenden Gegensätze ausgeglichen werden würden.

Die Erklärungen des japanischen Ministers unterscheiden sich in nichts von denen seiner Vorgänger oder seiner europäischen Kollegen. Den Worten nach ist Japan das friedfertigste Land der Welt, das nichts sehnlicher wünscht als die Abrüstung und den Frieden mit allen seinen Nachbarn. In Wirklichkeit jedoch steht der japanische Imperialismus starker gerüstet da wie vor dem Kriege, und seine Posten in Ostibirien und China trägt einen ausgesprochen räuberischen Charakter. Dieser aggressive Charakter der japanischen Politik auf dem asiatischen Festland hat in Verbindung mit den Bestrebungen Japans, festen Fuß an der amerikanischen Westküste zu fassen, jene „Unstimmigkeiten“ mit den Vereinigten Staaten heraufbeschworen, über die der japanische Minister so ausführlich sprach. Die politische und wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, den beiden stärksten Mächten am Stillen Ozean, verwandelt sich immer mehr in einen weltpolitischen Faktor von größter Bedeutung.

Das russische Problem

Wilson für die Unantastbarkeit Rußlands

Paris, 24. Januar.

In seiner armenischen Note an Hyman erklärte Wilson, die traurige Lage Armeniens sei nur eine Einzelfrage des großen russischen Problems. Die letzten traurigen Vorkommnisse an der polnischen und an der krimturanischen Front seien ein Beweis für die Welt, daß bewaffnete Interventionen nicht der Weg seien, um dem russischen Volke den Frieden zu bringen. Die Ereignisse hätten nur seine Ueberzeugung gestärkt, daß die russische Revolution in ihren Hauptwirkungen nützlich gewesen sei. Man hätte ihr gestatten müssen, sich friedlich von innen heraus zu entwickeln. Wilson fuhr fort, das Problem sei ein Problem der Beziehungen zwischen Zentralrußland und den Randstaaten, zwischen denen ein gewisses Mißtrauen herrsche. Es sei klar, daß die Randstaaten Großrußland nicht angreifen würden, wenn sie nicht dazu durch Unterstützungen stärkerer Mächte ermüdet würden. Zum Schluß schlägt Wilson als Versuch zur Pazifizierung Armeniens und der anderen Randstaaten ein wesentliches und feierliches Abkommen zwischen den Mächten vor, die territoriale Integrität Rußlands nicht zu verletzen und nicht zuzulassen, daß sie verletzt wird.

Die Äußerungen Wilsons bewegen sich auf derselben Linie wie die verschiedener Staatsmänner der Entente, die neuerdings mehr und mehr zu der Erkenntnis gelangen, daß das russische Problem nicht auf dem Wege der bewaffneten Einmischung und der Inszenierung neuer Kriege gegen Rußland gelöst werden kann. Bemerkenswert ist, daß Wilson die russische Revolution in ihren Hauptwirkungen als nützlich anerkennt und es als einen Fehler betrachtet, daß man ihr nicht gestattet habe, sich friedlich von innen heraus zu entwickeln. Mit diesem Urteil schlägt freilich Wilson auch seiner eigenen Politik ins Gesicht, denn trotz seiner öffentlich erklärten guten Absichten hat er lange Zeit jene Politik des Entente-Imperialismus mitgemacht, der in der ersten Phase der russischen Revolution diese für ihre Zwecke zu mißbrauchen suchte und dann, nach dem bolschewistischen Umsturz, aus Furcht vor den Fernwirkungen der sozialen Umwälzung in Rußland, drei Jahre lang einen blutigen Krieg gegen Rußland führte und die internationale Konterrevolution auf die Beine brachte.

Jetzt schlägt Wilson ein öffentliches und feierliches Abkommen zwischen den Mächten vor, die territoriale Unantastbarkeit Rußlands zu schützen. Dieses Abkommen ist notwendig. Es ist aber nur der erste Schritt, den die Mächte gehen müssen. Untrennbar damit verknüpft ist der folgende Schritt, der in der Anerkennung der Sowjet-Regierung und der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland bestehen muß. Nur auf diesem Wege kann, wenn überhaupt, das russische Problem seiner Lösung entgegengeführt werden.

Der Streit um Wilna

Wie die Litauische Telegraphen-Agentur meldet, gab der Vorsitzende der Völkerverbandskommission, Oberst Chardigny, dem litauischen Außenminister die offizielle Erklärung, daß der Völkerverbund der polnischen Regierung einen Protest gegen die Einberufung der Wilnaer Nationalversammlung überandt und die Einstellung der Sejmwahlen verlangt habe. Chardigny versicherte, daß die Wilnaer Versammlung nicht zusammenzutreten werde.

Das bleibt abzuwarten. Tatsächlich ist der polnisch-litauische Konflikt über das Wilnaer Gebiet der erste politische Streitfall von Bedeutung, in den der Völkerverbund aktiv eingegriffen hat. Seine Lösung wird uns zeigen, wie weit dieser Völkerverbund seinen Namen verdient.

Ueberfüllung des Kohlenmarktes in Südwales. „Daily Chronicle“ meldet, daß die Abnahme der Nachfrage nach Südwales-Kohlen infolge der Ueberfüllung des Kontinentes mit deutscher und englischer Kohle zu einer ersten Depression in Cardiff geführt hätte, die die Schifffahrt unmittelbar in Mitleidenschaft zieht. In Cardiff sind bereits 50 Schiffe aufgelegt worden.

Razenjammer

Die Spaltung der italienischen sozialistischen Partei, die wir als den Anfang vom Ende der 3. Internationale bezeichnet haben, hat merkwürdigerweise der „Roten Fahne“ nicht jene Jubelhymnen entlockt, die sonst nach jedem Akt der Spaltung einer proletarischen Partei in dem kommunistischen Organ zu finden waren. Der Leitartikel in der Sonntagausgabe der „Roten Fahne“ ist vielmehr sehr wehmützig gestimmt und desavouiert offen die „engeren Freunde“ in der jetzt gebildeten italienischen kommunistischen Partei, deren unverzeihliche Haltung gegen die Gruppe Serrati er nicht teilt. Doch diese Beurteilung der engeren Kommunisten in Italien ist gleichbedeutend mit der Beurteilung des Moschauer Exekutivkomitees, nach dessen Anweisungen (man denke nur an das unverächtete Schreiben des Exekutivkomitees an den italienischen Parteitag) die äußerste Linie gehandelt hat. Diese Beurteilung offen auszusprechen, wagt die „Rote Fahne“ nicht. Sie handelt vielmehr nach dem Grundsatz: „Den Saß schlägt man, den Fiel meint man“, und haut deshalb, in angeborener Bescheidenheit, auf die „engeren Freunde“ in Italien los.

Im übrigen ist das, was die „Rote Fahne“ über die Serrati-Gruppe sagt, nicht übel. Das Blatt schreibt:

„Wir haben nicht die Absicht, uns mit irgendeiner Person der mittleren Gruppe zu identifizieren. Wir betrachten lediglich die Tatsache, daß in dieser mittleren Gruppe der italienischen Partei ein Kern sozialistisch gefärbter Arbeiter ist, der seinen revolutionären Willen und die Gradlinigkeit seines revolutionären Denkens in mehr als einem Falle erwiesen hat zu Zeiten, in denen das ganze europäische Proletariat noch schlief. Dort ist der Kern, der die Ausschleifung der Reformisten auf dem Parteitag von Reggio Emilia im Jahre 1912 durchführte hat. Dort ist der Kern, der die Opposition gegen den Krieg vom ersten Tage des Krieges an trug. Dort ist der Kern, der der russischen Revolution zuzubehilfen und ihr begeisterte Kämpfer in ganz Europa gewesen ist, selbst zu einer Zeit, in der die Macht und der Glanz der russischen Arbeiterregierung noch nicht so weit hinstrahlte, wie er es jetzt tut. Die Tatsache, daß dieser Kern bei der jetzigen Spaltung von unserer engeren kommunistischen Fraktion getrennt ist, ist unbestreitbar, und wir sehen darin eine betrübliche Gefahr für die Entwicklung der kommunistischen Partei in Italien; eine Gefahr, die wir um so größer anschlagen, als wir die Befürchtung nicht verhehlen wollen, daß innerhalb der engeren kommunistischen Fraktion der Strömungen, Stimmungen, Reigungen und Regungen allzuviel sind, als daß man schon heute innerhalb dieser unserer kommunistischen Fraktion von einem festen und klaren kommunistischen Kern sprechen könnte.“

Das Urteil, das die „Rote Fahne“ über die Serrati-Gruppe, d. h. die Mehrheit der sozialistischen Partei fällt, entspricht vollkommen dem Standpunkt, den wir stets gegenüber dieser Mehrheit eingenommen haben. Wie aber hat die „Rote Fahne“ noch vor kurzem über Serrati und seine Gruppe geurteilt? Anlässlich der Antwort Serratis an Lenin schrieb die „Rote Fahne“ am 22. Dezember v. J.:

„Aus diesem Schreiben, wie aus der ganzen Haltung Serratis geht hervor, daß die italienischen „Einheitskommunisten“ nicht gewillt sind, die Scheidungslinie zu ziehen zwischen sich und den Reformisten, die zwar in der Kriegspolitik einen klaren antipatriotischen Sozialismus verfolgten, gegenüber der proletarischen Revolution und den Grundfragen des Kommunismus aber ganz offen eine absehbare opportunistische Haltung einnehmen. Trotz des Lippenbekenntnisses zu den 21 Bedingungen, deren Anwendung und Durchführung „gemäß den besonderen Verhältnissen des Landes“ abgewandelt, d. h. zentristisch „verbessert“ werden soll, beweisen die „Einheitskommunisten“ Italiens durch die Tat, durch ihren Kampf gegen die unabwendbar notwendige Spaltung von den Reformisten, durch ihr inniges Zusammenhalten mit der Konterreparatour-Gewerkschaftsbureaukratie D'Arragonas, daß sie sich den Namen Kommunisten mit Unrecht zulegen. Wenn die antibolschewistische Berliner „Freiheit“ freudig Auszüge aus den Artikeln Serratis bringt, wenn Longuet in seinen Polemiken gegen die französischen Kommunisten sich auf ihn stützt, ist das nur die logische Folge seiner Haltung gegenüber der kommunistischen Internationale... Es ist zu hoffen, daß die breiten proletarischen Massen, die sich heute noch unter dem ideologischen Einfluß des Pazifisten und Antimilitaristen Serrati befinden, durch die praktische Lehre der verschärften Klassenkämpfe in Italien mit der Zeit zur Scheidung von den „Einheitskommunisten“ gedrängt werden.“

Der großmäulige Stil dieser Auslassungen entspricht vollkommen der ganzen Politik, die Sinowjew, und mit ihm das Moskauer Exekutivkomitee gegen die italienische Partei betrieb. Man hoffte, die Italiener durch Schläge und Beschimpfungen gefügig zu machen, und die „Rote Fahne“ hat weder bei diesem edlen Werk mitgeholfen. Nun, wo die Spekulation auf die Knechtlichkeit mihälikt ist, zieht die „Rote Fahne“ mildere Saiten an und appelliert an die „Einsicht“ und das „Geschick“ des Moskauer Exekutivkomitees, dem es gelingen müsse, die italienischen Sozialisten bei der Dritten Internationale zu halten.

Der „vergessene“ Mörder

Vor dem Schwurgericht I ging am Sonnabend in später Nachtstunde ein Mordprozeß zu Ende gegen den Bisepfeldweber Marcus, dem mehrfacher Mord zur Last gelegt wurde.

Marcus gehörte damals einer freiwilligen Formation an, die während der Unruhen in der Langen Straße „tätig“ war. Zu der kritischen Zeit wurde von Marcus der Befehl „Straße frei, Fenster zu“ gegeben.

Da ist wieder ein Beitrag zu dem schon so reichhaltigen Kapitel der preussischen Justizgeschichte geleistet worden. Wann hätte jemals ein preussisches Gericht, und noch dazu ein Militärgericht, einen Arbeiter jahrelang „vergessen“ abjurteilen?

Der Mord in Charlottenburg aufgeklärt

Das Verbrechen an dem Jader Singh ist durch die Verhaftung zweier Freunde der Frau Singh als mutmaßliche Täter teilweise aufgeklärt worden. Nach anspruchsvollem Verhör legte die Frau Singh schließlich das Geständnis ab, daß ihr heimlicher Liebhaber, der 28 Jahre alte Kraftwagenführer Max Arnold aus Pöchlitz, Leopoldstraße 35, und sein bei ihm wohnender Freund, der gleichaltrige Schlossergeselle Paul Korwin mit ihrem Willen das Verbrechen begangen haben.

Als man am Sonntag früh die beiden Mittäter in ihrer Wohnung in der Leopoldstraße verhaftete, waren sie sehr befehdigt, daß man ihnen eine solche Tat überhaupt gutraute. Sie behaupteten, daß ihnen von der ganzen Angelegenheit gar nichts bekannt wäre, da sie weder Zeitungen noch die Anschläge an den Säulen gelesen hätten.

Wie noch gemeldet wird, sind die Eltern der Frau Singh nochmals vernommen und auf freien Fuß gesetzt worden. Die Verhafteten Arnold und Korwin wurden die ganze Nacht hindurch verhört. Arnold sah sich überführt, war aber zu einem Geständnis nicht zu bewegen.

kammer in die Wohnung gestiegen. Um keine Spuren zu hinterlassen, hatte er sich Handschuhe angezogen. In dem Zimmer des Singh traf er diesen schlafend an. Er versuchte ihn zunächst mit Ketten zu betäuben. Doch wurde der Jader wach und dieser wollte sich auf seinen Angreifer stürzen. Arnold streckte ihn aber durch einen wohlgezielten Vorstoß auf den Kopf sofort nieder.

Monatskarten und Schülermonatskarten der vorm. Berliner elektrischen Straßenbahnen. Für den Bereich der vormaligen Berliner elektrischen Straßenbahnen werden am 29. und 31. Januar und 1. und 2. Februar d. J. in der Zeit von 8 bis 6 Uhr in den Zeitkartenvertriebsstellen Hollmannstraße 33 und Wollanstraße 115 an Stelle der bisherigen Monatskarten solche nach dem Muster der vorm. Großen Berliner Straßenbahn mit Monatswertmarken ausgegeben.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lanthw.). Diejenigen Kinder, welche an dem Vorbereitungsunterricht und an der Jugendweihe teilnehmen sollen, müssen bis zum 10. Februar bei nachfolgenden Genossen gemeldet sein: Marquardt, Steglitz, Hofsteinsche Str. 31; Bohne, Steglitz, Treibschleier 17; Jachow, Steglitz, Stephanstr. 8; Müller, Steglitz, Berlinidestr. 5.

Schwere Verletzungen erlitt der Oberfeuerwehrmann Toenges bei einem größeren Brande in der Blumenthalstraße 7. Dort brannte heute nacht um 2 Uhr aus dem Hofe ein niedriges Quergebäude mit Stallung. Die Flammen hatten an einem Holzlager, Wäbeln usw. reiche Nahrung gefunden und bei Anbruch der Feuerwehr schon das Dach ergriffen.

Der Einbrecher als Bahngeselle. Auf dem Bahnhof Wustermark bei Spandau erregte ein großer Reisefeld der Verdacht der Beamten und man ließ den Korb öffnen. Zum allgemeinen Erstaunen fand man darin einen bedeutungslosen Korb vor, der mit vollständigem Einbrecherwerkzeug ausgerüstet war.

Meisterstiche zwischen zwei Frauen. Gestern mittag kurz nach 12 Uhr erküdete plötzlich aus der Wohnung der Frau Lorenz in der Alexandrinestraße 21 laute Hilferufe. Hausbewohner fanden die Wohnungstür geöffnet und in der Küche in einer großen Blutlache Frau Lorenz. Die durch Meisterstiche lebensgefährlich verletzte Frau wurde sofort in das Urban-Krankenhaus übergeführt.

Voranschlägliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Besseres, aber noch veränderliches Frostwetter, mit leichten Schneefällen und vorherrschend südöstlichen Winden.

Arbeiter Sport

- Märkische Spiel-Vereinigung, Resultat vom 23. Januar: 1. Riga: Romanos 1 - Viktoria 1:3:1. Käthig Bernwits 1 - Richte Giedt 1:6:2.

Gewerkchaftliches

Die Sipo als Schlichterin der Streikbrecher

Die Angestellten im Scala-Restaurant, Inhaber Gräff, streifen seit acht Tagen, weil der Unternehmer den Betriebsrat nicht anerkennt und entlassen hat. Die Gewerkschaft hat sich fast restlos zum übergroßen Teil mit ihrem gewählten Betriebsrat solidarisier erklärt und fast einmütig die Arbeit niedergelegt.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin.

Nach ein Geschäftsmann. Die Kolleginnen und Kollegen der Firma J. Schuch u. Co., Berlin, Dresdener Straße 39-40, befinden sich im Streik. Infolge des schlechten Wetters in den letzten Tagen haben die Streikposten genannter Firma in einem dem Betrieb gegenüberliegenden Torweg vor dem anbauenden Regen Schutz gesucht.

Aus den Organisationen

- Mittwoch, den 26. Januar: 1. Abt. 10. Abteilung, Extrajahresabend 7 Uhr, bei Thomashofstr. 104.

Bereinskalender

- Mittwoch, den 26. Januar: 1. Abt. 10. Abteilung, Extrajahresabend 7 Uhr, bei Thomashofstr. 104.

Kein Streik in der SCALIA LUTHERSTR. 22-24 DIE VARIETE-BÜHNE GROß-BERLIN. denn das Varieté und die Restaurationsbetriebe sind getrennte, selbständige Unternehmungen. Zur Jugendweihe ins Leben hinein

Kleine Anzeigen. Möbel, Werkzeuge u. Maschinen, Fahrräder, verschiedene, Kaufgesuche, Anzeigen. (Detailed list of classified ads including furniture, tools, bicycles, and various services.)